

Thurgauer Notfalldienst bleibt, wie er ist

Gesundheit Wie so oft im Grossen Rat spalten sich die Geister nicht im Grundsatz, sondern in der Auslegung eines Geschäfts. So ist es auch beim Traktandum zur Sicherstellung des ärztlichen Notfalldienstes. Die Parlamentarische Initiative möchte, dass beispielsweise ungedeckte Kosten für Ärzte, die Notfalldienst-Bereitschaft leisten, vergütet werden.

Die Unterstützer der Initiative argumentieren vor allem damit, dass der Kanton beim eigenen Personal, etwa bei der Polizei, die reine Bereitschaft, Pikettdienst zu leisten, schon entschädigt. Deshalb sollen auch Ärztinnen und Ärzte genau dafür entschädigt werden. Skeptischer sehen es die Gegnerinnen und Gegner. Die Regierung hat in ihrer Stellungnahme dargelegt, dass es keinen bekannten Fall eines ungedeckten Einsatzes eines Arztes gebe und sich die Vergütungen sowie die Organisation des Notfalldienstes geändert hätten.

Regierungsrat sieht kein Problem

Genau darauf stützt sich auch Regierungsrat Urs Martin ab. Er erklärt in seinem Votum, dass die Argumente der Parlamentarischen Initiative auf eine Zeit vor der Neuorganisation des Notfalldienstes zurückgehen. Er habe in enger Absprache mit der Ärztegesellschaft Thurgau den ärztlichen Notfalldienst umorganisiert. Seit 2024 besteht der Amtsärztliche Dienst plus (AAD+).

Seither müssten weniger Hausärztinnen und Hausärzte Notfalldienste leisten, diese Aufgaben übernehmen in der Nacht die 26 Amtsärztinnen und Amtsärzte. Hausärzte hätten etwa zwei bis drei Mal pro Jahr einen Einsatz in der Notfallklinik in Münsterlingen oder Frauenfeld bis abends um zehn Uhr. Tagsüber wird der Notfalldienst weiterhin regional durch die Arztpraxen organisiert.

Der Vorteil am neuen Dienst sei, dass die Amtsärzte während ihrer Einsätze nun mehr zu tun haben und nicht einfach Bereitschaft leisten müssen, ohne Bezahlung, erklärt Regierungspräsident Urs Martin. Denn abgerechnet werden weiterhin nur die Einsätze. Fazit des Regierungspräsidenten: «Wir haben kein Problem.»

Am Ende zeigt die Abstimmung ein klares Bild: SVP, EDU/Aufrecht und FDP lehnen das Geschäft geschlossen ab. SP, Grüne und GLP sind mit einigen Enthaltungen dafür. Nur in der Mitte/EVP-Fraktion gibt es unterschiedliche Meinungen. 35 Parlamentsmitglieder sagen Ja, 67 Nein, sechs enthalten sich. *(sba)*

Journal

Wandern im Seebachtal

Freizeit Am 29. Oktober lädt der Verein Thurgauer Wanderwege zum Wandern von Stammheim nach Hüttwilen ein. Infos: thurgauer-wanderwege.ch. *(red)*

Ein Blick in die Tiefe

Die Geothermie Thurgau AG untersucht mit Messungen den Untergrund. Das betrifft auch Grundeigentümer.

Sabrina Bächli

Es ist eine tiefgründige Medienkonferenz. Im wahrsten Sinn des Wortes. Denn das Thema, das mehrere Fachexperten sowie Vertreter des Kantons am Donnerstag vorstellen, ist die Tiefen-Geothermie. Im Thurgau wurde dazu geforscht, genauer in Schlattingen. Rund 1200 Meter haben dort Forscherinnen und Forscher in die Tiefe gebohrt, Wasser hochgepumpt und untersucht.

Christoph Wanner von der Universität Bern teilt die Ergebnisse der Untersuchung mit. Zwei Bohrungen wurden in Schlattingen gemacht. «Das Faszinierende», sagt Christoph Wanner, «sind die Gemeinsamkeiten, aber gerade auch die Unterschiede dieses Wassers, das wir hochgepumpt haben.» Zum einen sei es ähnlich in der Temperatur, rund 60 Grad warm. Zum anderen unterscheide es sich aber gerade hinsichtlich des Alters enorm. Das Wasser aus der zweiten Bohrung ist rund 490'000 Jahre alt, jenes aus der ersten nur 190'000.

Unabhängig vom Alter haben das Wasser und die untersuchten Gesteinsschichten gezeigt, dass im Thurgauer Boden poröses Material mit Wassereinlagerungen im Untergrund vorhanden ist. Und das wiederum ist die wichtigste Voraussetzung für die Geothermie, die mit warmem Wasser aus der Tiefe heizen oder Strom erzeugen will.

Vibrationen für die Erkundung

Bernd Frieg, Geschäftsführer der Geothermie Thurgau AG, erklärt, dass für genau solche Bohrungen im kommenden Jahr seismische Untersuchungen im Thurgau durchgeführt werden sollen. Das Ziel: eine 3D-Karte des Thurgauer Bo-



Ein Vibrationsfahrzeug zur Untersuchung des Thurgauer Bodens. Die Vibrationen gehen bis in 4000 Metern Tiefe.

Bild: zvg

dens bis 4000 Meter Tiefe. Allerdings wird nicht der gesamte Thurgau untersucht, es gibt gewisse Anforderungen und vor allem wirtschaftliche Überlegungen.

Je tiefer unten das Wasser vorkommt, desto heisser und besser. Mit heissem Wasser lässt sich Strom erzeugen. Dann stellt sich die Frage nach der Nutzung – wo gibt es Bedarf, al-

so zum Beispiel grössere Firmen oder Möglichkeiten für ein Fernwärmenetz. Die Untersuchungen diesbezüglich haben gezeigt: Das ideale Gebiet liegt im Hinterthurgau und umfasst rund 430 Quadratkilometer.

Das Bundesamt für Energie hat die Forschung bewilligt und eine Kostenbeteiligung von 60 Prozent gesprochen. Das Gesamtprojekt hat damit einen fi-

nanziellen Rahmen von 50 Millionen Franken. 20 Millionen davon kommen von den TKB-Millionen. Etwas über 20 Millionen investiert die Geothermie Thurgau AG nun in die seismische Untersuchung des Bodens.

Zustimmung der Eigentümer einholen

Mit Fahrzeugen, die Vibrationen erzeugen, und mehreren Sensoren, die die Vibrationen messen, soll der Thurgauer Untergrund untersucht werden. Dafür benötigt die Geothermie Thurgau AG nun noch die Bewilligung vom Kanton. Wie Martin Eugster, Leiter Amt für Umwelt, sagt, achte man besonders auf den Grundwasserschutz und fordere Sicherheitsnachweise für die Umwelt. «Wir erachten das Projekt insgesamt als bewilligungsfähig», sagt Eugster.

Insgesamt sind von den Untersuchungen 34 Thurgauer Gemeinden betroffen. Dort gibt es eine öffentliche Auflage des Projekts und dann auch die Möglichkeit, das Rechtsmittel

zu ergreifen. Parallel dazu klappt die Geothermie Thurgau AG alle Grundeigentümer ab, bei denen ein Messinstrument in den Boden müsste. Das Vibrofahrzeug ist gross und schwer, nutzt aber in den meisten Fällen die öffentlichen Strassen. Die Messinstrumente, sogenannte Geophone, sind nur klein. Im Umkreis von rund 80 Metern werden sie um das Fahrzeug platziert, teilweise auch im Garten eines Eigenheims. Rund sechs Monate rechnet die Geothermie Thurgau AG für die Anfrage bei den Grundeigentümern. Die Messung pro Standort selbst dauert nur wenige Minuten.

An über 100'000 Punkten werden auf dem Messgebiet in den 34 Gemeinden die Vibrationen gemessen. Daraus kann dann ein 3D-Profil des Bodens erstellt werden. Im November 2027 sollen die seismischen Messungen beginnen und bis etwa März 2028 dauern. «Danach wissen wir, wo es sich lohnt, für eine Geothermie-Anlage zu bohren», sagt Bernd Frieg.

Das Messgebiet im Thurgau

Die betroffenen Thurgauer Gemeinden, in denen die seismischen Messungen durchgeführt werden, sind: Aadorf, Affeltrangen, Amlikon-Bissegg, Bettwiesen, Bichelsee-Balterswil, Braunau, Bussnang, Eschlikon, Felben-Wellhausen, Fischingen, Frauenfeld, Gachnang, Herdern, Homburg, Hüttlingen, Hüttwilen, Lommis, Märsteten, Matzingen, Müllheim, Münchwilen, Pfyn, Rickenbach,

Sirnach, Stettfurt, Thundorf, Tobel-Tägerschen, Uesslingen-Buch, Wängi, Warth-Weinigen, Weinfelden, Wigoltingen, Wilen b. Wil, Wuppenau. Auch fünf St.Galler Gemeinden sind betroffen: Jonschwil, Kirchberg, Uzwil, Wil und Zuzwil. Die Untersuchung dauert rund fünf Minuten pro Messpunkt. Die Vibration jeweils nur zwei Minuten. Die Gefahr eines Erdbebens besteht nicht. *(sba)*

Richtplan trotz Widerstand genehmigt

Der Grosse Rat Thurgau sagt trotz verschiedener Streitpunkte Ja zur Teilrevision des Richtplans.

Sabrina Bächli

Josef Gemperle (Mitte, Fischingen) ist einer der amtsältesten Kantonsräte. Und bestimmt einer der emotionalsten Redner im Parlament. Wenn er ans Mikrofon tritt, dann, weil er alle anderen im Saal überzeugen will. Weil es ihm wichtig ist – und zwar persönlich. Zumindest war dies am Mittwoch der Fall, als er sich zum Richtplan äusserte.

Ausgelöst hat sein Votum jedoch ein Rückweisungsantrag von SVP-Kantonsrat Peter Haldemann (Raperswilen). Das Thema: Fruchtfolgeflächen. Beide Landwirte machen darauf aufmerksam, dass die Schweiz und der Thurgau «massivst an Fruchtfolgeflächen verlieren». Ihre Befürchtung ist, dass die von der Regierung eingefügten Änderungen im Richt-

plan noch mehr Verlust des wertvollen Bodens zur Folge hätten. Die Änderungen zu Fruchtfolgeflächen seien zurückzuweisen, da sie sich nicht auf aktuelle Zahlen abstützten.

Drei Rückweisungsanträge aus der SVP

Regierungsrat Dominik Diezi versucht, die Situation zu beruhigen. Die eingefügten Änderungen würden den Vollzug verbessern, die Gesamtfläche der Fruchtfolgefläche würde es nicht tangieren. Insgesamt drei Mal muss sich Baudirektor Diezi gegen einen Rückweisungsantrag aus der SVP wehren.

Der erste von Heinz Keller (Kradolf) beruhte wohl auf einem Missverständnis zum Ortsschutzbild und ist schnell abgehandelt. Bei den Fruchtfolgeflächen ist es emotional und

beim dritten Antrag schlägt auch Paul Koch im übertragenen Sinn mit der Faust aufs Rednerpult. Er beschwert sich, dass es im Kanton zu wenig «fürschi» gehe mit den Deponien. Auch hier beruhigt Diezi. Das Problem sei erkannt und man versuche interkantonal mit Schaffhausen und St. Gallen geeignete Standorte für Deponien zu finden.

Alles in allem werden die drei Anträge aus den Reihen der SVP abgelehnt und der Grosse Rat segnet den Richtplan am Ende mit 70 Ja-, 36 Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen ab. Denn insgesamt kommen die Änderungen im kantonalen Richtplan bei den Fraktionen gut an.

Auch wenn beispielsweise vonseiten der FDP angemerkt wird, dass der Richtplan Leit-

planken und keine Verordnungen seien.

Richtplan nicht mit Forderungen überladen

Wie René Walther (Arbon) sagt, sei seine Fraktion der Meinung, der Richtplan sollte insgesamt schlanker ausfallen und Redundanzen verhindern. Zudem würden mit den strategischen Zielsetzungen neue Pflichten für die Gemeinden entstehen. Walther sagt: «Die Tendenz der Aufgabenzunahme ist erkennbar.» Dagegen wehren sich die Liberalen. Auch die Mitte/EVP-Fraktion sieht das so. «Der Richtplan darf nicht zum höchsten Gesetz verkommen», sagt Simon Wolfer (Mitte, Weinfelden).

Während die Grünen es begrüssen, dass die Klimaziele wie Netto-Null im Richtplan aufgeführt sind und damit Klima-

schutz in den Richtplan eingeflossen ist, sieht genau dies EDU/Aufrecht kritisch. «Wir warnen vor Massnahmen, um utopische Klimaziele zu erreichen», sagt EDU-Kantonsrat Christian Caviezel (Tägerwilen).

Doch auch die SP und die GLP halten es für sehr positiv, dass die Klimaziele in den Richtplan eingeflossen sind. Markus Birk (SP, Diessenhofen) sagt, es sei auch eine soziale Frage, wie die Menschen im Thurgau leben. Gerade in städtischen Gebieten seien Begrünung oder Frischluftkorridore von Bedeutung, das habe der Hitzesommer gezeigt. Die GLP sieht es kritisch, dass die Klimaziele im Richtplan nach der Vernehmlassung abgeschwächt wurden, sagt Fraktionssprecher Alexander Sigg (Wallenwil). Die SVP hingegen findet genau das positiv.